

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/14824 –**

Kündigung des bilateralen Atomabkommens mit Brasilien

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, das bilaterale Atomabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit der Föderativen Republik Brasilien zu kündigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14824 abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Peter Bleser
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Peter Bleser

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/14824** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion führt aus, die Regierungspolitik Brasiliens zur zivilen und militärischen Nutzung von Atomenergie widerspreche der deutschen Politik vom Ausstieg aus der Atomenergie. Der wissenschaftliche Austausch zur Atomenergie habe nichts daran geändert, dass Brasilien Atomkraftwerke mit unzureichenden und veralteten Sicherheitsstandards betreibe und die Einhaltung der notwendigen Umweltverträglichkeitsstandards für den Rückbau von Uranminen sowie Endlagerungsstätten konterkariere.

Der Deutsche Bundestag solle deshalb die Bundesregierung auffordern,

- das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien vom 27. Juni 1975 fristgerecht bis zum 17. November 2019 zu kündigen und somit eine automatische Verlängerung um fünf Jahre auszuschließen;
- Brasilien insbesondere beim Ausbau Erneuerbarer Energien zu unterstützen und die engen bilateralen Kooperationen ausschließlich auf bereits bestehende oder neue bilaterale Verträge zur Förderung und zum Ausbau Erneuerbarer Energien, verstärkter Energieeffizienz und gezielte CO₂-Emissionsminderungen zu fokussieren;
- die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Brasilien in allen Bereichen der erneuerbaren Energieversorgung zu verstärken und in den Bereichen der Energieeinsparung, Energieeffizienz und Emissionsminderung zu fördern;
- Brasilien zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag aufzufordern;
- keine Ausfuhrgenehmigungen für Güter zu erteilen, die im Zusammenhang mit dem Bau atomarer U-Boote stehen könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14824 in seiner 43. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/14824 in seiner 53. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/14824 in seiner 52. Sitzung am 13. November 2019 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14824 zu empfehlen.

Berlin, den 13. November 2019

Peter Bleser
Berichtersteller